



HALB ZEIT

**Bilanz DIE LINKE.
im Münchner Stadtrat
2020–2023**



DIE LINKE.

im Münchner Stadtrat

INHALT

Presse-Highlights	S. 4
Vorwort	S. 5
Gesundheit & Pandemie	S. 7
Miete & Wohnen	S. 9
Klimagerechtigkeit & Energie	S. 12
Stadtplanung	S. 15
Mobilität	S. 17
Rebellische Kommunalpolitik	S. 19
München sozial & solidarisch	S. 20
Da sind wir dran!	S. 25
Impressum	S. 26

PRESSE-HIGHLIGHTS

Galeria Karstadt Kaufhof:

Abzocke auf Kosten von Beschäftigten und der Allgemeinheit stoppen!

DIE LINKE. / Die PARTEI im Stadtrat fordert: Freiflächen für Jugendparties schaffen

Antrag: Züricher Modell für nicht-kommerzielle Jugendparties in München adaptieren

Einladung der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI zur Pressekonferenz:
Repression und Restriktion im öffentlichen Raum: Augenzeugen-Berichte über Polizeigewalt, strukturelle Übergriffe und Racial Profiling auf öffentlichen Plätzen

Radwerkstatt R18 vor dem Aus! Die Stadt muss handeln!

Wer zahlt für die Krise? Münchens Steueroase –
Die geringsten Steuersätze gibt es in Grünwald

Sozialtarif bei den Münchner Stadtwerken gegen Energiearmut –
Für soziale Wärme im kommenden Winter

Die Stadtratsfraktion 'DIE LINKE. / Die PARTEI' fordert kostenfreie
FFP2-Masken für Sozialhilfebeziehende

Erhaltungssatzung für das Hasenberg! Verdrängung und Ausverkauf verhindern

Interfraktioneller Antrag: Gedenken an die Opfer des 07.01.1984 –
Für eine bleibende Erinnerung an das Attentat der Gruppe Ludwig

Sparmaßnahmen trotz Rekorderlösen?
„Lasst uns investieren und Münchens Zukunft gestalten!“

Vorkaufsrecht jetzt wiederherstellen: Ampel-Koalition muss Farbe bekennen! Gemeinsame
Presseerklärung von Nicole Gohlke, MdB, und der LINKEN im Münchner Stadtrat

Regionale Gesundheitsberatungsstellen für München!
Mehr Gesundheitsangebote für Stadtviertel mit sozialen Herausforderungen

Nach den Strompreisen, jetzt die Fernwärme: Preisexplosion in München!

Eine neue Erinnerungskultur an die Gräueltaten der Münchner Medizin
im Nationalsozialismus

Interfraktioneller Antrag fordert Beschäftigung mit der NS-Medizingeschichte

Weitere Explosion der Fernwärmepreise droht: Versiebenfachung in zwei Jahren?

„Queeres München“ – Einen Aktionsplan für die Landeshauptstadt!

DIE LINKE. / Die PARTEI unterstützt die Warnstreiks und die Forderungen
der Beschäftigten im öffentlichen Dienst

In München steht ein leeres Kulturhaus! Stadtratsfraktion
DIE LINKE. / Die PARTEI fordert sofortige Generalsanierung in Eigen-Regie



VORWORT

Unsere Halbzeit-Bilanz: Keine weitere soziale Spaltung in München!

Es waren Jahre im Zeichen der Krisen: Zunächst hatte Corona die Stadt fest im Griff und bestimmte auch die Inhalte der LINKEN im Münchner Stadtrat. Wir mussten uns zu Beginn der Legislatur fragen, wie ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Virus aussehen konnte und wie die Folgen des andauernden Ausnahmezustands aufgefangen werden konnten.

Hier mussten wir uns oft gegen die Regierungskoalition stellen. Nach der Wahl vom 15. März 2020 gab es eine grün-rote Mehrheit. An ihr hat DIE LINKE stets den grundsätzlichen Finanzierungsvorbehalt, unter den nahezu alle Maßnahmen gestellt wurden, scharf kritisiert. In Zeiten von Krisen dürfen wir nicht den Sozialstaat abbauen und ein strenges Spardiktat einführen. Wir haben uns deshalb energisch gewehrt gegen die unverantwortliche Schuldenbremse, die strenge Schuldenaufnahme und die Weigerung, die Gewerbesteuer zu erhöhen.

In den letzten drei Jahren hat Grün-Rot notwendige Investitionen in die Bekämpfung der Armut, in gute Arbeit, eine gute Gesundheitsversorgung für alle, den Ausbau der sozialen Infrastruktur und die sozial-ökologische Transformation komplett verschlafen. Davor haben wir von Anfang an gewarnt. DIE LINKE will eine gerechte Stadt – das notwendige Geld dafür ist da und für diese Investitionen werden wir weiterkämpfen!

Auf die Corona-Pandemie folgte die nächste Krise. Die Folgen des Russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die steigenden Energiekosten. Hier haben wir als LINKE im Münchner Stadtrat den größten und entschiedensten Dissens.

Die Stadtwerke München (SWM) sind in der Preispolitik zu intransparent und die einzelnen Preise

bei Fernwärme, Gas und Strom viel zu hoch. Die Stadtwerke setzen auf kurzfristige Verträge und auf europaweite Investitionen.

Damit haben sich die Stadtwerke München verspekuliert und die Regierungskoalition von GRÜNE und SPD tragen dies mit.

Ähnliches finden wir in der Mietenpolitik. Grün-Rot hat mit ihrer investorengesteuerten Stadtplanung die soziale und ökologische Nachverdichtung unmöglich gemacht. Wir dürfen nicht weiter den Wohnraummangel akzeptieren, sondern müssen für alle Münchner*innen ein Zuhause ermöglichen.

Unser Fazit nach drei Jahren: Die Regierungskoalition redet oft schön, aber sie handelt nicht. Das ist mutlos und unverantwortlich vor dem Hintergrund der bestehenden Herausforderungen. Wir müssen jetzt die nötige Mobilitäts- und Verkehrswende einleiten, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Wir müssen die Pflege entlasten und die Armut in unserer Stadt besser bekämpfen. Dies sind die wirklichen Probleme, vor denen unsere Stadt steht, hier wollen wir als LINKE ansetzen, eine andere Politik einfordern und das bessere Leben ermöglichen – für die Mehrheit der Menschen in der Stadt, nicht für einzelne wenige, die viel Geld haben.

Wir bauen auf eine völlig andere Politik. Und bringen uns dabei konstruktiv und radikal ein, wo die Stadtregierung den Zusammenhalt in unserer Stadt gefährdet. Wir haben unsere Vorschläge immer intensiv mit Verbänden und den Handelnden der Zivilgesellschaft abgestimmt, da eine kluge LINKE Politik für uns nur mit den Menschen geht! Auch in der zweiten Hälfte der Legislatur werden wir nicht lockerlassen und von Grün-Rot eine soziale und klimagerechte Politik einfordern.

Ihr
Stefan Jagel



Stefan Jagel, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE./Die PARTEI im Münchner Stadtrat.

GESUNDHEIT & PANDEMIE

Kaum im Amt und gleich in der Pandemie. Drei Jahre im Stadtrat heißen auch drei Jahre Corona, wie habt ihr in dieser außergewöhnlichen Situation gestartet?

Die Corona Pandemie war wirklich eine große Herausforderung für alle Beteiligten. Viele Beschäftigte waren riesigen Belastungen ausgesetzt. Für uns im Stadtrat hieß das, dass die meisten Abstimmungen nur per Videokonferenz liefen, worauf zu Beginn niemand vorbereitet war. Nachdem Bund und Länder vieles vorgegeben haben, konnten wir als gewählte Kommunalpolitiker*innen wenig bis gar keinen Einfluss nehmen auf die Entscheidungen. Dies empfand ich als Demokratieproblem.

Im gesamten Gesundheits- und Sozialwesen musste sich auf die Notsituation in Echtzeit eingestellt werden. Was konnte DIE LINKE. erreichen und wie die Menschen unterstützen?

In dieser Zeit habe ich mit vielen Kolleg*innen auf den Stationen, in den Kliniken oder auch im Gesundheitsreferat gesprochen. Die Belastungssituation war schon vor der Pandemie groß und hat sich während der Pandemie deutlich verstärkt. Insbesondere für die Pflege haben wir mehrere Entlastungsprogramme gefordert. Daraus entstand der Lenkungsring Pflege unter Beteiligung von Betroffenen. Dieser wird bis Ende 2023 konkrete Vorschläge unterbreiten. Die Pflege bleibt aber eine große Herausforderung. Mit unserer Beharrlichkeit bei dem Thema aufsuchender Impfangebote haben wir es geschafft, dass es Angebote in den Außenstadtbezirken gibt. Hier ist die haus- und kinderärztliche Versorgung dauerhaft schlecht. Auch dieses Thema wird uns noch länger beschäftigen.

Auf welche Probleme in der Münchner Gesundheitsversorgung hat die Krise hingewiesen?

Die Corona Krise zeigte nochmal deutlich, dass die Gesundheitsversorgung vom Geldbeutel abhängt.

Auch die Probleme der Notfallversorgung, der Pflege und der stationären und ambulanten Versorgung wurden deutlicher in der Öffentlichkeit diskutiert. Die Probleme gab es schon vorher und die Herausforderungen für die Kommunen sind noch immer riesig. Das Problem bei dem Thema ist: Es gibt momentan keine Lösung. Es braucht bundes-, landes- und kommunalpolitische Lösungsansätze, die ineinandergreifen müssen, damit die Gesundheitsversorgung der Menschen in unserer Stadt besser wird. Ich finde aber grundsätzlich schon, dass insb. die München Klinik als kommunaler Arbeitgeber eine große Verantwortung hat und dass dort die hausgemachten Probleme angegangen werden müssen.

DIE LINKE. hat in den letzten Jahren verstärkt Kommunale Gesundheitszentren gefordert: Was nutzen Kommunale Gesundheitszentren?

Kommunale Gesundheitszentren gleichen die Gesundheitsversorgung in den Stadtbezirken aus, in denen es weniger Ärzte gibt. Es sind dicke Bretter zu bohren. Aber unser Ziel bleibt es, wir wollen eine bessere Versorgung, insb. im Münchner Norden. Dies wird der „Markt“ alleine nicht richten.

Wie können wir mehr Gleichheit in der Gesundheitsversorgung in München herstellen?

Die Gesundheitsplanung muss von der Versorgung her gedacht werden, nicht von ökonomischen Rahmenbedingungen. Dies wird Geld kosten. Aber wenn wir zum Beispiel feststellen, dass über 50% der Senior*innen allein zu Hause leben in München, gibt es an die ambulante und stationäre Versorgung andere Herausforderungen wie außerhalb von München. Ein anders Beispiel ist die kinderärztliche Versorgung, hier brauchen wir einen Ausbau und keine Kürzung. Wenn wir eine Planung von der Versorgung herdenken, dann schaffen wir auch mehr Gleichheit.



GESUNDHEIT

DAS HABEN WIR ERREICHT!



www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/themen/gesundheits/news/



HALBZEIT 2020–2023

MIETE & WOHNEN



Aufsuchende Impfkationen in den Stadtvierteln durch Impfguides.

Mehr Personal im Gesundheitsreferat und Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdiensts (ÖGD).

Ausweitung der Angebote für suchtkranke und psychisch erkrankte Menschen.

Die regionale Gesundheitsberatungsstellen für München werden ausgebaut!
Damit gibt es mehr Gesundheitsangebote für Stadtviertel mit sozialen Herausforderungen!

Der Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) bildet in Zukunft aus. Famulaturen und PJ-Abschnitte werden im Gesundheitsreferat ermöglicht.

Ausbau der gesundheitlichen Präventionsangebote in den Stadtvierteln.

Gesundheitspolitik wird stärker in die Stadtplanung und die Stadtviertel verankert!

Die psychosoziale Versorgung Geflüchteter wird stark verbessert.

Verbesserung der Schul-IT in der Akademie für Pflegeberufe an der München Klinik gGmbH.

DA BLEIBEN WIR NOCH DRAN & MACHEN WEITER DRUCK!

Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen von Pflegekräften und eine wirkliche Entlastung.

Veränderungen bei der München Klinik kritisch begleiten.

Kommunale Versorgungszentren!

Verbesserung der Notfallversorgung.

Angebote für suchtkranke und psychisch erkrankte Menschen weiter ausbauen.

Gesunde Stadtviertel: Gesundheitliche Versorgung und Gesundheitsförderung in der Stadtplanung verankern.

Aufsuchende, mehrsprachige Gesundheitsberatungsangebote in den Stadtvierteln stärken.

Hä? Kein kommunales Vorkaufsrecht mehr? Was ist da passiert und warum ist das so schlimm?

Das Bundesverwaltungsgericht hat im November 2021 das Vorkaufsrecht extrem eingeschränkt. Dies hatte zur Folge, dass die Kommune in die Sicherung des Wohnungsbestandes kaum mehr eingreifen kann. SPD und Grüne sind auf Bundesebene in dieser Frage der FDP und der Immobilienlobby ausgeliefert. Ich erwarte, dass die beiden Parteien sich endlich in der Frage durchsetzen und es nicht immer auf die kleine Immobilienlobby-Partei schieben. Es ist für München ein wichtiges Instrument, um Mieter*innen zu schützen.

Die Immobilienpreise sanken in München im letzten Quartal 2022. Ist das ein gutes Zeichen?

Die Menschen in unserer Stadt sind einer immensen Verdrängung ausgesetzt, dies geht an die Existenz und Substanz von vielen. Es vergeht keine Woche, wo mir Mieter*innen nicht von Mieterhöhungen, Umzügen oder sogar dem Verlassen der Stadt berichten. Da ist es statistisch egal, ob die Immobilienpreise sanken. Die Mietpreise sind hoch, zu hoch. Die Stadt hat eine Mietkatastrophe, die angegangen werden muss.

Ok, selbst bei dieser Entwicklung bleibt die absolute Mehrheit der Mieter*innen im selben Abhängigkeitsverhältnis. Woran fehlt es?

An bezahlbaren Wohnungen. Die Investoren gestalten diese Stadt und Grüne und SPD machen

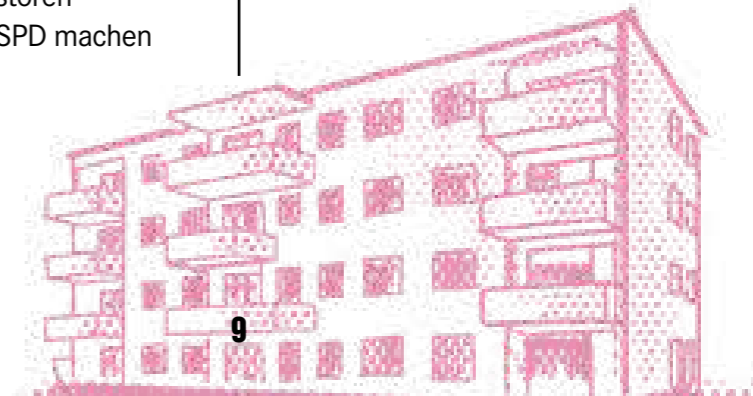
mit. Wir brauchen im Grundsatz eine soziale und gemeinnützige Wohnungsbauoffensive, auch auf Bundesebene. Und was die Kommune schon machen kann, muss stärker genutzt werden. Hier kuschen die Beteiligten vor der Immobilienlobby. Zum Beispiel würde ich nur noch Baurecht in großen Baugebieten gewähren, wenn ein Teil der Fläche an die Kommune verkauft wird. Dies geschieht heute schon in Ulm. Wir brauchen als Kommune mehr Einfluss.

Wie kann DIE LINKE. Mieter*innen in München unterstützen?

Wir unterstützen durch viele Gespräche und konkrete Organisation. Wenn wir die Wohnungskatastrophe in den Griff bekommen wollen, brauchen wir politische Maßnahmen und diese wird es geben, wenn viele Mieter*innen organisiert sind und Krawall machen. Beispiele in der ganzen Stadt zeigen, dass dies funktioniert.

Was braucht es in den nächsten Jahren im Bereich Mieten und Wohnen?

Wir müssen weg von der investorengesteuerten Stadtpolitik und hin zu einer sozialen und gemeinnützigen Planung. Spekulanten dürfen nicht mehr alles in dieser Stadt veranstalten. Wir müssen hier die Wurzel anpacken. Obwohl die SPD hier schon so lange regiert, ist München die teuerste Stadt Deutschlands. Ihre Wohnungspolitik hat im Grundsatz versagt.





MIETE & WOHNEN

DAS HABEN WIR ERREICHT!



[www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/
themen/mieten-wohnen-bauen/news/](http://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/themen/mieten-wohnen-bauen/news/)

So lange es die kommunalen Vorkaufsrechte gab, konsequente Ausübung dieser.

Mieter*innen unterstützt bei ihren Kämpfen gegen Verdrängung.

Erhaltungssatzung für das Berliner Viertel und Mieter*innen vor Verdrängung geschützt.

Erhaltungssatzung Milbertshofen verlängert.

Die Erhaltungssatzung Agnesstraße wurde beschlossen.

Leerstand bekämpfen! Einzelne Leerstände, z. B. in Milbertshofen, konnten durch uns beendet werden!

Baulandmobilisierungsgesetz in der Landeshauptstadt München konsequent umsetzen.
Mehr bezahlbaren Wohnraum durch die Anwendung von sektoralen Bebauungsplänen.

Erhaltungssatzungen in der Maxvorstadt ausgeweitet.

DA BLEIBEN WIR NOCH DRAN & MACHEN WEITER DRUCK!

Erhaltungssatzung für das Hasenberg! und für den Stadtbezirk Kieferngarten-Freimann, um dort Mieter*innen vor Verdrängung zu schützen.

Mitbestimmung der Mieter*innen stärken bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften.

Leerstand bekämpfen!

Ausbau der kommunalen Bodenvorratspolitik. Einen kommunalen Bodenfonds zur Stärkung des bezahlbaren Wohnungsbaus.

Übertragung der Flächen in die öffentliche Hand bei privaten Bauprojekten. Wir sehen hier mindestens 65% als erforderlich. Statt weiterhin lediglich Wohnraum für eine sozialorientierte Zwischennutzung zu schaffen, brauchen wir dauerhaft bezahlbaren Wohnraum auf eigenem Grund und Boden.

Umwandlung in Eigentumswohnungen verhindern.

Kommunales Vorkaufsrecht wiederherstellen und GRÜNE und SPD in die Verantwortung nehmen.

Konsequente Anwendung des Baugesetzbuches, statt konsensuale Lösungen mit Investoren, z. B. Anordnung eines Baugebots, Anordnung von Instandsetzungsgeboten, ...

Damit beim
Wohnen
niemand
vor die **Hunde** geht

DIE LINKE.
im Münchner Stadtrat



KLIMAGERECHTIGKEIT & ENERGIE



DAS HABEN WIR ERREICHT!



<https://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/themen/oekologie/>

Mehr und mehr Menschen sind faktisch durch zu hohe Energiepreise von Armut bedroht. Was tut DIE LINKE?

Durch die steigende Inflation sind inzwischen viele Menschen in Existenzangst. Die Stadtwerke München (SWM) sind als kommunaler Energieversorger in einer besonderen Verantwortung. Dieser Verantwortung kommen sie nicht von sich aus nach. Wir haben da sehr viel Druck erzeugt, damit Preise bei Fernwärme, Gas und Strom sinken. Die Berechnung der Preise ist auch intransparent. Auf Grund unseres Drucks mussten die SWM auch hier nachsteuern.

Durch die Arbeit der LINKEN wurde immer wieder auf die horrenden Preisunterschiede in der Bundesrepublik hingewiesen. Warum sticht München hier so hervor?

Kurzgesagt, die SWM haben sich in der Einkaufsstrategie verspekuliert. Andere Stadtwerke haben längerfristige Verträge abgeschlossen, die konnten die Preise auf niedrigerem Niveau halten. Die SWM haben Kurzfristverträge abgeschlossen. Dadurch sind sie jetzt der teuerste Energieanbieter bundesweit. Klassisches Spekulationsgeschäft und für einen kommunalen Energieversorger eine völlige falsche Strategie. Die Grünen und die SPD haben diese Situation zugelassen. Auch die Investitionen in eine lokale Energiewende wurden völlig schleifen gelassen. Auch hier wird es einen großen Nachholbedarf in den kommenden Jahren geben.

Dabei kann die SWM doch mit ihrem Investment in Windparks und ähnliche Erneuerbare Energien aufwarten. Warum werft ihr da Green-Washing vor?

Überwiegend wurde in Erneuerbare Energie im europäischen Ausland investiert. Ein Solarpark in Spanien wird nie Strom für München erzeugen. Diese Investitionen laufen seit 2008 und wurden seit diesem Zeitpunkt von uns kritisiert. Mehr auf die lokale Energiewende setzen, wäre sinnvoller gewesen. Hier haben alle großen Parteien zugehört. Sehenden Auges. Jetzt haben wir den Salat.

Da wir schon bei den Erneuerbaren Energien waren. Was muss im Energie-Sektor in München geschehen?

Im Bereich Energie braucht es eine Umsteuerung, wir müssen hier vor Ort umstrukturieren. Zum Beispiel sind die städtischen Gebäude bisher nicht alle mit PV-Anlagen ausgestattet. Der Geothermieausbau hinkt hinterher, hier könnten wir auch schon weiter sein. Die Strom- und Wärmeversorgung muss lokaler ausgerichtet werden. Dies hätte zur Folge, dass wir das Kohlekraftwerk im Münchner Norden abschalten könnten und insgesamt weg von der fossilen Energieerzeugung kämen.

Was wird die Fraktion dafür tun?

Wir als Fraktion haben dafür schon einiges gemacht. Der Druck auf die SWM in der Öffentlichkeit ist groß. Ich würde mir eher wünschen, dass es eine breite Bürger*innenbewegung gäbe, die die SWM noch mehr in die Verantwortung nimmt. Es ist richtig, einen kommunalen Energieversorger zu haben. Allerdings mussten wir auch feststellen, dass dieser auch vernünftig kontrolliert werden muss. Sonst wird sich hier verspekuliert! Dies ist bei einem Konzern mit mehr als hundert Tochtergesellschaften für den Stadtrat nicht einfach. Wir bleiben allerdings auch die nächsten drei Jahre am Thema dran.

Die Strom und Fernwärmepreise wurden von den Stadtwerken reduziert auf Grund unseres Drucks.

Exit Spirit Energy: Die Erdgas- und Erdöl-Förderung der SWM wurde beendet. Dies ist ein gemeinsamer Erfolg mit der Bewegung zusammen.

Unser dauerhafter Einsatz für die lokale Energiewende wird langsam von der Mehrheit im Stadtrat anerkannt und übernommen.

Der Stadtrat hat die Solarausbauziele für München verabschiedet.

Die Fortschreibung des Brückenbauprogramms für Fuß- und Radverkehr.

Die Fußverkehrsstrategie voranbringen!

DA BLEIBEN WIR NOCH DRAN & MACHEN WEITER DRUCK!

Einen Sozialtarif beim Strom bei den Stadtwerken München.

Weiter Druck auf die zu hohen Strom-, Gas- und Fernwärmepreise.

Schnelleren Geothermie-Ausbau, damit München klimaneutral wird.

Ausstieg aus fossilen Energiequellen am HKW Standort Nord und Süd.

Die IAA darf in München nicht bleiben.

Ausbau des ÖPNV in München und keine Reduzierung des Leistungsprogramms.

Senkung des Preises für das Sozialticket auf 15€ für Münchenpassbeziehende.

2. Stammstrecke stoppen - Mobilitätswende voranbringen





Brigitte Wolf, Stadträtin der Fraktion DIE LINKE./Die PARTEI im Münchner Stadtrat.



STADTPLANUNG



Fährt man durch München mit Fahrrad oder Bahn, sieht man überall Baustellen. Woran wird hier gebaut und was fehlt dabei?

In München wird alles gebaut: Wohnungen, Gewerbe, Büros, Verkehrsinfrastruktur, Schulen, Nachbarschaftszentren. Teilweise entstehen ganze Stadtviertel mit mehreren Tausend Wohnungen und zahlreichen Arbeitsplätzen wie in Freiham oder der ehemaligen Bayernkaserne. Doch was dabei zu kurz kommt, sind ganz klar die Grün- und Freiflächen für die Menschen, die hier leben. Ebenso fehlt der Platz für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, z. B. für das Pflanzen von Großbäumen oder Versickerungsflächen bei Starkregen.

Was müsste sich in der Stadtplanung ändern, damit der Klimawandel besser berücksichtigt wird?

Die Stadtplanung müsste vom Freiraum aus gedacht werden. Als Startpunkt einer Planung müssen die klimatischen Bedingungen untersucht werden, Kaltluftschneisen und Biotopflächen müssen erhalten bleiben, ausreichend Grünflächen und Versickerungsräume, die nicht unterbaut sind, müssten festgelegt werden. In einem zweiten Schritt muss dann die erforderliche Infrastruktur ermittelt werden: Schulen, Verkehrsflächen, ÖPNV-Anbindung, Bürgerzentren etc. Erst anschließend ist dann festzulegen, wie viel Platz für Wohn- und Gewerbeflächen nutzbar gemacht werden kann. Aktuell ist es gerade andersherum: Ein Investor wendet sich an die Stadt und will möglichst viel Wohn- bzw. Gewerbeflächen erstellen. Alles andere kommt dann an zweiter, dritter oder vierter Stelle ...

Aber entstehen denn dann nicht noch weniger Wohnungen? München wächst doch immer noch?

Im Moment entstehen viel zu viele Wohnungen, die nur noch von sehr wenigen Menschen in der Stadt bezahlt werden können. Jede Luxuswohnung belegt

auch den Platz für zwei oder mehr bezahlbare Wohnungen. Und auch im Wohnungsbau müssen wir uns dringend auf den Klimawandel einstellen. Sonst bauen wir dichte und enge Stadtviertel, die dann ohne Klimaanlage nicht mehr bewohnbar sein werden. Zudem: Bereits seit 2017 ist München kaum gewachsen, in den Corona-Jahren sogar geschrumpft. Und ohne die Geflüchteten aus der Ukraine wäre auch der Bevölkerungsanstieg 2022 sehr viel geringer ausgefallen. Klimaanpassung heißt in meinen Augen auch, der weiteren Zentralisierung in den großen Städten entgegenzuwirken.

Wären Hochhäuser eine Lösung für bezahlbaren Wohnraum? Oder ein Modell für klimafreundliches Bauen?

Nein, das sind sie nicht. Hochhäuser sind teuer im Bau und Unterhalt. Der ökologische Fußabdruck ist immens, sie thronen über der ganzen Nachbarschaft. Selbst ohne jede Gewinnabsicht entstehen in einem Hochhaus keine bezahlbaren Wohnungen. Und je höher, desto negativer wird die Bilanz.

Warum werden in der Stadtplanung und anderen wichtigen Bereichen vakante Stellen nicht besetzt? Wie kann dieser Mangel verändert werden?

Ein großes Problem sind die dauernden Sparrunden bei den Beschäftigten in den vergangenen Jahrzehnten. Immer, wenn die Steuereinnahmen zurückgehen, gibt es Einschnitte in der Stellenbesetzung. Zuletzt 2020 und 2021 während der Corona-Pandemie. Wenn dann die Steuereinnahmen wieder steigen, gibt es zwar relativ viele offene Stellen, aber zu wenig Bewerbungen. Angesichts des baldigen Ausscheidens der „Baby-Boomer-Generation“ müssten die Kommunen unbedingt kontinuierlich stärker ausbilden und auch externe Fachkräfte verstärkt einstellen. Gerade in krisenhaften Situationen kann die Stadt sichere Arbeitsplätze garantieren.





MOBILITÄT



Angesichts der großen Aufgaben des 21. Jahrhunderts, ganz besonders im Blick auf die Klimakatastrophe, braucht es immense Veränderungen bei der menschlichen Mobilität. Welche Aufgaben siehst Du da für die Stadt München?

Das Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) muss stark ausgebaut werden, um die Verkehrswende zu unterstützen, und das schnell. Da der Bau von weiteren U- und S-Bahnen Jahrzehnte dauern wird, müssen wir verstärkt auf den Ausbau von Bussen und Straßenbahnen setzen. Zugleich müssen die staatlichen Subventionen für den individuellen Autoverkehr gestrichen werden und die Benutzung des ÖPNV durch staatliche Zuschüsse preisgünstig möglich sein.

Was wurde dafür in den letzten Jahren angepackt und was ist untergegangen?

Leider fokussiert sich die Stadt immer noch auf die sehr teuren und ressourcenfressenden Tunnelprojekte für S- und U-Bahn und nicht auf die schneller realisierbaren Bus- und Trambahnlinien. Parallel dazu wird endlich die Rad-Infrastruktur ausgebaut, wenn auch oft sehr langsam und mit vielen Hindernissen.

Konnte DIE LINKE. im Stadtrat in den letzten Jahren hier etwas bewegen?

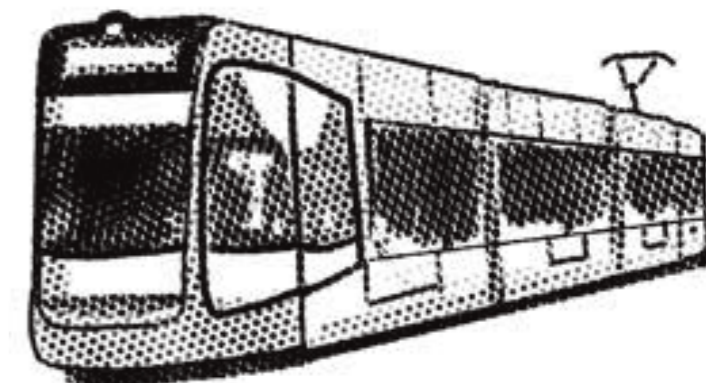
Wir konzentrieren uns auf den Ausbau des Straßenbahnnetzes, wo wir bereits einige Vorschläge in die weitere Planung einbringen konnten. Aber auch diese Planungen leiden unter den fehlenden Mitarbeiter*innen im Mobilitätsreferat. Und dann kommt noch der Flaschenhals der Planfeststellung dazu. All dies führt zu sehr langwierigen Abläufen.

Gegen welche Schwierigkeiten musset ihr arbeiten?

CSU und FDP lehnen alles ab, was den individuellen Autoverkehr einschränkt. Und Grüne und SPD propagieren zwar auch die Verkehrswende, fordern aber im Wesentlichen Milliarden von Bund und Freistaat, um die U- und S-Bahnnetze massiv auszubauen. Wohin das führt, kann man gut am Desaster der 2. Stammstrecke verfolgen: Die Fertigstellung verzögert sich um Jahrzehnte und die Baukosten verschlingen Milliarden. Das wird die Blaupause für die geplante U9.

Was sind Deine nächsten Ziele für die Mobilität in München?

Mit dem 49€ Deutschland-Ticket kommt ein preisgünstiges Ticket, das hoffentlich viele Pendler*innen im Großraum München zum Umstieg auf den MVV bewegt. Studierende und Auszubildende sollen ab Herbst sogar ein 29 € Ticket erhalten. Was aber wieder vergessen wurde: Alle, die mit Bürgergeld oder der Grundsicherung im Alter auskommen müssen, werden nicht berücksichtigt. Das hat in der Politik leider Methode. Das Sozialticket im MVV muss hier dringend nachgebessert werden.





Thomas Lechner, Stadtrat der Fraktion DIE LINKE./Die PARTEI im Münchner Stadtrat.



REBELLISCHE KOMMUNALPOLITIK



Thomas, im Wahlkampf habt Ihr eine „rebellische Kommunalpolitik“ angekündigt.

Ist Euch das in den letzten drei Jahren gelungen?

Ja, das würde ich in der Tat sagen. Natürlich sind die Rahmenbedingungen nicht einfach. Das fängt schon damit an, dass die Vollversammlung gleich zu Beginn die Geschäftsordnung des Stadtrates geändert hat, um den kleinen Parteien ihre Arbeit zu erschweren. Und es setzt sich u.a. darin fort, dass es keine echte Debattenkultur in den Ausschüssen gibt: Insbesondere die Vertreter*innen der Regierungsfraktion neigen dazu, ständig nur die eigenen Anträge und Beschlussvorlagen abzufeiern. Als kleine Oppositionsgruppe können wir da selten vollständige Beschlüsse durchsetzen, aber ich hab mich ja für die Zusammenarbeit mit der LINKEN entschieden, weil deren Wahlprogramm eindeutig das beste war. Bei den darin formulierten Zielen gibt es zahlreiche Themen, bei denen wir argumentativ dagegenhalten. Und insbesondere dort, wo es eine starke außerparlamentarische Opposition gibt, gelingt es uns auch immer wieder, der aktiven Zivilgesellschaft Gehör zu verschaffen und ihre Kämpfe zu stärken.

Kannst Du dafür ein paar Beispiele nennen?

Natürlich. In meinen Themenfeldern war das z. B. die Verhinderung des Kiesabbaus im Forst Kasten. Das ist zwar noch nicht final entschieden, aber die Mühlen der Verwaltung sind durch unsere Interventionen ziemlich ins Stocken geraten. Auch den Widerstand gegen die IAA konnte ich unterstützen, indem ich über mehrere Monate mit dem KVR verhandelt habe und wir am Ende die Durchführung eines Mobilitätswendecamps auf der Theresienwiese durchsetzen konnten, inklusive Übernachtungen und Verpflegung. Dann natürlich der geplante BMW-Tunnel im Hasenberg! – ein besonders perfides Beispiel der Arroganz der Macht, hat sich doch die Autofahrer*innen-SPD für diesen Beschluss extra aus der Regierungsverein-

barung geschlichen und mit der CSU paktiert.

Als Partnerin der Klimaschutzbewegung habe ich mich im Namen unserer Fraktion aber auch mehrfach gegen deren Kriminalisierung – die sich insbesondere gegen die Aktionen der letzten Generation richtet – eingesetzt und gegen so absurde Beschlüsse wie das Mitführverbot von Sekundenkleber für Klimaschutz-Aktivist*innen. Das Bemühen um Selbstermächtigung und die Auseinandersetzung um größere Handlungsspielräume stoßen auf eine starke Repression, ein klassisch linkes Thema. Wir haben z.B. eine Pressekonferenz im ersten Corona-Sommer abgehalten, auf der wir Polizeigewalt und Repression aufdeckten und die Betroffenen selbst zu Wort kommen ließen.

Da Du Corona ansprichst. Das war eine große Herausforderung, die Arbeit im Stadtrat inmitten einer Krise zu beginnen. Wie bist Du damit umgegangen?

Besonders problematisch waren natürlich Lockdown, Kontakt- und Ausgehverbote und der Distanzunterricht. Letzterer, weil es ja nicht „nur“ ein zwischenmenschliches Defizit generiert, wenn alle plötzlich vereinzelt vor Bildschirmen sitzen müssen, sondern weil hier schnell die Ärmsten und am meisten von der Krise Betroffenen Gefahr liefen, komplett abgehängt zu werden. Bei ärmeren Familien scheiterte der Fernunterricht schon am Mangel von Endgeräten oder einem schnellen Internet. Demzufolge haben wir uns u.a. für den schnellen Ausbau von W-Lan in allen Unterkünften für Geflüchtete eingesetzt. Als es dann einen Beschluss für einen Laptop/Tablet-Zuschuss gab, war der für 7–15-Jährige angedacht. Es bedurfte meiner Intervention durch einen Änderungsantrag, um hier Bildungsgerechtigkeit durchzusetzen und den Beschluss bei Kindern und Jugendlichen der 1. – 8. Klasse anzuwenden. Schließlich gibt es auch 6-Jährige in den ersten Klassen und 16-Jährige in 8. Klassen.



MÜNCHEN SOZIAL & SOLIDARISCH

Wenn Du von den Ärmsten der Stadt redest, meinst Du damit auch Obdachlose?

Selbstverständlich. Während des Lockdowns ist es uns gelungen durchzusetzen, dass sich auch obdachlose Menschen tagsüber im sogenannten Kälteschutz aufhalten können, der eigentlich bis dahin nur nachts geöffnet war und lediglich verhindern soll, dass niemand auf der Straße erfriert. Insbesondere die SPD (!) wollte nach dem Lockdown schnellstmöglich zum vorherigen „Standard“ zurück. Wir haben jedoch nicht lockergelassen: Die Betroffenen haben vor der entscheidenden Sitzung eine Kundgebung vor dem Rathaus organisiert. Ich habe dann in der Sitzung beantragt, dass ein*e Vertreter*in von ihnen im Ausschuss angehört wird. Wurde natürlich (genauso wie ähnliche Versuche an anderer Stelle und in anderen Sitzungen) abgeschmettert – wo kämen wir denn hin, wenn plötzlich „irgendwer“ im Stadtrat spricht? Das ist kein Witz – so wurde tatsächlich argumentiert. Das zeigt, wie ernst es der Regierungsfraktion mit Teilhabe und Teilnahme ist. Ich habe dann in der darauffolgenden Vollversammlung einen Text verlesen, den Betroffene selbst verfasst hatten. Mit Beharrlichkeit gelang es schlussendlich also, den Übernachtungsschutz auch tagsüber als Anlaufstelle offen zu halten.

Nochmal Corona – du hast doch auch die Freigabe von öffentlichen Plätzen für Partys von jungen Menschen gefordert?

Noch so ein Beispiel... Ich bin ja eigentlich Kulturschaffender und habe vor meiner Wahl auf einer Konferenz einen Vortrag von der Züricher

Stadtverwaltung gehört, die vor ein paar Jahren ein Konzept eingeführt hat, welches jungen, nicht-kommerziellen Kollektiven ermöglicht, auf öffentlichen Plätzen zu feiern. Die Voraussetzungen dafür sind sehr niedrigschwellig, also habe ich auf einer der allerersten Vollversammlungen gefordert, dieses „Züricher Modell“ auch in München umzusetzen. Als unmittelbare Maßnahme gegen die Isolation von jungen Menschen durch Corona, da das Feiern im Freien mit geringem Ansteckungsrisiko ein riesiges Potential hatte und weil kulturelle Betätigung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen dadurch gestärkt wurde. Natürlich wurde mein ursprünglicher Antrag abgelehnt, aber weil der Ansatz so gut und so richtig ist, kam es in der Folge zu einem interfraktionellen Antrag, welcher nach 3 Jahren Bearbeitungszeit 2023 in einem Pilotprojekt umgesetzt werden wird.

Die jungen Kreativen und Kulturschaffenden brauchen unsere Unterstützung – weswegen man mich bei fast jeder Kundgebung zum Thema „Freiräume“ mit einem Redebeitrag antreffen kann – eingeladen von den jeweiligen Kollektiven, die erkannt haben, dass die LINKE hier die richtige Partnerin ist, um Druck auf die Stadtspitze aufzubauen.

Ich finde, dass wir die Debatte darum, „wem die Stadt gehört“ (wie es treffend in unserem Wahlprogramm formuliert wurde) und wie man mit öffentlichem Raum umgeht, sehr stark prägen.

Als Mitglied im Kinder- und Jugendhilfe- und im Bildungsausschuss: welche Themen beschäftigen Dich hier besonders?



Fangen wir mal im letzten Jahr an: Mit der abklingenden Pandemie wurde sehr schnell sichtbar, welche katastrophalen Folgen die Kontaktverbote insbesondere auf unsere Jüngsten hatten. Schon die allerersten Studien zu den Auswirkungen von Corona zeigten eine krass ansteigende Zunahme von Gewalt unter und von Jugendlichen. Ich habe ab Februar 2022 bei jeder Gelegenheit eine Stärkung der Gewaltprävention gefordert. Dazu habe ich mehrere Projekte von sozialen Trägern ausfindig gemacht, deren Schwerpunkt die Gewaltprävention ist, die aber bislang nicht bezuschusst wurden. Nach langen Auseinandersetzungen gelang es uns im Dezember, ein ganzes Paket von Maßnahmen zur Gewaltprävention durchzusetzen. Das beinhaltet z.B. die Arbeit mit Jungs (sowohl Opfern als auch Tätern), aber auch die Stärkung von Strukturen für heranwachsende Mädchen. Es gibt kaum Begegnungsstätten für Mädchen, was ein Schwerpunkt für die vor uns liegenden Monate sein wird.

Ein anderes Thema ist die mangelnde Transparenz von Entscheidungsprozessen und die Einbeziehung von Jugendlichen in städtische Gremien. Ich setze mich deswegen nach wie vor für die Bildung eines Jugendrates ein und habe die Verlegung der Sitzungen des Kinder- und Jugendausschusses auf den Nachmittag beantragt, damit interessierte Kids auch mal zu den öffentlichen Sitzungen kommen können.

Du bist ja in München insbesondere durch Dein Engagement für und mit Geflüchteten bekannt geworden. Wie geht es Dir denn mit dem großen Thema „Flucht und Migration“ im Stadtrat?

Hier gab es durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine ja eine absolut unvorhergesehene Entwicklung mit weitreichenden Folgen. Wobei ich auch feststellen konnte, dass der Druck, der durch das jahrelange Engagement von vielen Ehrenamtlichen auf die Politik erzeugt wurde, immer noch anhält. Gerade im Umfeld des rassistischen Narratives der offiziellen CSU-Politik lassen sich hier punktuell auch einzelne brauchbare Bündnisse mit den anderen Fraktionen bilden, so dass der Standard bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine in München generell relativ hoch ist. An dieser Stelle möchte ich auch mal die städtische Mitarbeiter*innen lobend erwähnen, die sich mit uns gemeinsam für eine bessere Flüchtlingspolitik einsetzen.

Mit der Anwendung des Massenfluchtparagraphen durch die EU wirken sich die gestiegenen Standards für Geflüchtete zwar auch in positiver Weise aus, die Kehrseite ist aber ein (durch die Anwendung der entsprechenden Rechtsnormen) gesteigener institutioneller Rassismus: zum einen gegen POC-Geflüchtete aus der Ukraine und zum anderen gegenüber allen Geflüchteten aus anderen Regionen.





Ich arbeite in diesem Feld eng mit einigen Bürgerinitiativen zusammen, vernetze diese mit Entscheidungsträger*innen in den Referaten durch gemeinsame Gespräche und habe den Antrag gestellt, für künftige Neubauten von Unterkünften (egal ob Leichtbauhallen oder Containerbauten) mit Architekturstudenten zusammenzuarbeiten, damit auch auf kleinstem Raum ein menschlich-soziales Miteinander möglich wird. Leider kommen die meisten Gesetze und Normen im Bereich von Flucht und Migration vom Bund und vom Land Bayern. Hier müssen wir also noch viel tun, damit der politische Druck auf unsere Stadtverwaltung nicht nachlässt, wenigstens das Mögliche zu tun.

Du hast Dich in den letzten Wochen stark in die Wahl des Migrationsbeirates „eingemischt“, erzähl doch mal!

Ich habe – gemeinsam mit diversen Personen der Parteien MUT und Die PARTEI – die Bildung einer linken Liste unterstützt. Auf den 4 Spitzenplätzen waren Menschen mit jüngerer Fluchtgeschichte, damit auch diese Zugang zu einem städtischen Gremium bekommen. Leider wurde bei der Wahl so sehr kumuliert und panaschiert, dass es nur ein junger Afghane in den Migrationsbeirat geschafft hat, der 2015 mit seinem jungen Bruder nach München kam und seither seine gesamte Familie

nachgeholt hat. Immerhin hat die von uns unterstützte Liste 3 Sitze im Beirat bekommen und ist nur knapp an einem vierten Platz gescheitert.

Allerdings sind bei diesem Thema die Grünen aus ihrer Fraktionsvereinbarung mit der SPD ausgeschert und haben zusammen mit der CSU durchgesetzt, dass zu den 40 gewählten Mitgliedern des Migrationsbeirates 10 weitere Mitglieder vom Stadtrat aufgestellt werden. Ein unheimlich paternalistischer und tendenziell rassistischer Vorgang. Wir werden hier nicht lockerlassen, um diesen Beschluss schnellstmöglich wieder zu kippen.

Zum Abschluss: was wünschst Du Dir für die verbleibenden 3 Jahre bis zur nächsten Wahl?

Zuallererst, dass wir gesund bleiben und uns die Kraft für eine „rebellische Politik“ nicht ausgeht. Dann natürlich, dass unsere Arbeit von unseren Wähler*innen aufmerksam beobachtet und im besten Fall an vielen Stellen unterstützt wird. Und dass die Bürger*innen Münchens mit ihren Anliegen zu uns kommen (egal ob als Einzelpersonen oder Initiative) und merken, welche Kraft auch aus einer kleinen Oppositionspartei kommen kann und dass diese deswegen gestärkt werden und mit noch mehr Aktiven in den nächsten Stadtrat einziehen muss.



www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/themen/arbeit-soziales/news/

MÜNCHEN SOZIAL & SOLIDARISCH

DAS HABEN WIR ERREICHT!



Digitale Versorgung (WLAN) in städtischen Unterkünften, sowie die Ausweitung eines Laptop / Tablet-Zuschusses für Kinder- und Jugendliche der 1-8 Klasse.

Gemeinsam mit den Betroffenen haben wir erreicht, dass der Übernachtungsschutz für Obdachlose auch tagsüber als Anlaufstelle offengehalten wurde.

Pilotprojekt zum „Züricher Modell“. Mit diesem wird nicht-kommerziellen Kollektiven ermöglicht, auf öffentlichen Plätzen zu feiern.

Die Radwerkstatt R18 haben wir gerettet.

Die sozialen Aspekte bei der Digitalisierung voranbringen. Hier sind wir sicher noch nicht fertig. Aber wir haben wichtige Teilerfolge erzielt.

Kostenlose Menstruationsartikel werden zur Verfügung gestellt.

Standort der Münchner Tafel e.V. wurde dauerhaft an der Großmarkthalle gesichert.

Maßnahmen zur Gewaltprävention für Kinder- und Jugendliche werden ausgebaut.

Unterstützung von Tarifausschreibungen der Kolleg*innen.

DA BLEIBEN WIR NOCH DRAN & MACHEN WEITER DRUCK!

Die Sitzungen des Kinder- und Jugendhilfeausschusses künftig nachmittags abzuhalten.

Die Inklusion von Menschen mit besonderen Bedürfnissen schneller voranbringen.

Wohnen statt Unterkunft. Geflüchtete sollen nicht in Leichtbauhallen und Containerbauten untergebracht werden.

Die aufsuchende Jugendarbeit in den Stadtvierteln stärken!

Solidarität mit Streiks von Beschäftigten.

Maßnahmen für den Fachkräftemangel im Sozial- und Erziehungsbereich voranbringen.

DA SIND WIR DRAN!

In den kommenden drei Jahren haben wir viel vor. Eine der Hauptaufgaben besteht darin, dringende Investitionen und sozialpolitische Ausgaben abzusichern. Gerade beim Klimaschutz müssen wir das Tempo deutlich erhöhen. Wir müssen die klimaneutrale Industrie und den ticketfreien ÖPNV schnell verwirklichen. Der Markt wird die Mietenkrise oder die Bekämpfung der Klimakrise sicherlich nicht regeln. Wir brauchen mehr Einnahmen, wofür München auf eine andere Steuerpolitik angewiesen ist, mit der große Vermögen stärker besteuert werden und die Steueroasen vor den Toren Münchens wie Grünwald bekämpft werden.

Einige Vorhaben haben wir verstärkt im Blick. Dazu gehört eine konsequentere Anwendung des Baugesetzbuches im Sinne der Mieter*innen, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege und im Sozialbereich sowie die strukturelle Stärkung und Zukunft des Personals in der Verwaltung und in der München Klinik. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik wollen wir die Bekämpfung des Fachkräftemangels bekämpfen.

Als LINKE im Münchner Stadtrat sehen wir es immer als unsere Aufgabe, genauer hinzuschauen, wenn politisch längst geeinte Vorschläge irgendwo „liegenbleiben“. Und weil wir öffentliche Flächen nicht mehr verkaufen wollen, sehen wir den sogenannten Bodenfonds als dringendes Thema. Mit dem Fonds könnte die Stadt Flächen erwerben und befristet verpachten. Bislang wurde er jedoch nicht so vorangebracht, wie wir uns das vorstellen. Ähnlich ist es beim Ausbau der Solaranlagen auf öffentlichen Dächern, die nicht schnell genug realisiert werden, oder bei den Stadtwerken, die sich um die lokale Energiewende kümmern müssen. Ebenso braucht es endlich eine soziale Preisgestaltung bei den Energiepreisen.

Wir sind zuversichtlich, insbesondere weil wir eine engagierte Münchner Zivilgesellschaft an unserer Seite wissen.

**In diesem Sinne:
Auf in die zweite Halbzeit!**

IMPRESSUM

Halbzeitbilanz von DIE LINKE. im Münchner Stadtrat

Marienplatz 8
80331 München

Telefon: 089 233 25235

E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de

Web: www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Facebook: fb.com/LINKESTadtratMuenchen

Kontakt: zeitung@dielinke-muc-stadtrat.de

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

V.i.S.d.P. Stefan Jagel, Stadtrat und Fraktionsvorsitzender

Texte: Brigitte Wolf, Thomas Lechner, Stefan Jagel, Marc Ortmann, Tino Wagner

Layout: Dagmar Modrow

Druck: druckwerk Druckerei GmbH

11. Mai 2023

